

EINE SONDERVERÖFFENTLICHUNG DER KFW ZU WIRTSCHAFT UND ENTWICKLUNG

Hilfe für den „arabischen Frühling“

Vor knapp zwei Jahren haben die Menschen zunächst in Tunesien, dann in Ägypten über ihre Diktatoren triumphiert. Andere Länder folgten oder sind immer noch in – blutige – Unruhen und Kämpfe verstrickt. Die Menschen einer ganzen Region haben genug, so scheint es, von Willkürherrschaft und Unterdrückung. Sie fordern Wahlen und Teilhabe, Gerechtigkeit und Transparenz. Auslöser der Proteste waren jedoch vor allem die wirtschaftlichen Probleme vieler arabischer Länder, etwa die Jugendarbeitslosigkeit verbunden mit fehlenden Zukunftsperspektiven. In diesen Staaten ist fast die Hälfte der Bevölkerung jünger als 24; selbst Akademiker sind auf der Suche nach Jobs. Und in den nächsten Jahren werden zusätzlich vier Millionen junge Menschen auf den Arbeitsmarkt strömen. Nur wenn sie eine Chance auf Einkommen und Beschäftigung erhalten, gibt es auch eine Chance auf beständige Demokratie.

Besonders kleine und mittlere Unternehmen, die in Nordafrika sehr beliebt und sehr verbreitet sind, könnten noch mehr Jobs schaffen. Oft aber fehlt potenziellen Firmengründern das nötige Startkapital. Genau deshalb hat die KfW Entwicklungsbank im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und mit Unterstützung der Europäischen Kommission den Fonds „SANAD“ gegründet. Er stellt Banken und Mikrofinanzinstitutionen Kapital zur Verfügung, damit sie kleinen Unternehmen Kredite anbieten können. Seit August 2011 arbeitet der Fonds, dessen Volumen für die kommenden fünf Jahre auf zirka 175 Millionen US-Dollar geschätzt wird. Das BMZ hat bereits 42 Millionen und die Europäische Union 10 Millionen für den Fonds selbst sowie technische Unterstützungsleistungen zur Verfügung gestellt. Die ersten Investitionen zum Beispiel in Jordanien und Libanon sind bereits getätigt, weitere werden folgen. Am Ende sollen bis zu 110 000 Unternehmer von SANAD profitieren und ihrerseits wieder Jobs schaffen. SANAD ist übrigens arabisch – und heißt Hilfe.



„Die DEG nimmt eine Mittlere Rolle zwischen Staat und Privatwirtschaft ein. Sie tritt dann auf den Plan, wenn Unternehmen für ein entwicklungs- politisch sinnvolles Projekt langfristige Finanzierung oder gar Eigenkapital benötigen. In ihrer nunmehr 50jährigen Geschichte hat die DEG immer wieder Mut bewiesen, riskante Märkte nicht gescheut und trotzdem hervorragende Ergebnisse erzielt – entwicklungs- politisch und finanziell.“

Bruno Wenn, Geschäftsführer der Deutschen Investitions- und Entwicklungsgesellschaft (DEG)

Anlaufstelle für die Wirtschaft im BMZ

Staatliche Entwicklungszusammenarbeit alleine kann die Probleme der Entwicklungsländer nicht lösen – dazu braucht es auch Investitionen der privaten Wirtschaft. Deshalb hat das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) seine Kooperation mit Unternehmen in den vergangenen Jahren systematisch ausgebaut. Firmen, die in Schwellen- und Entwicklungsländern investieren möchten, bietet das Ministerium eine ganze Reihe von Angeboten. So unterstützt das BMZ zum Beispiel Machbarkeitsstudien, um bereits im Vorfeld die Erfolgsaussichten eines wirtschaftlichen Engagements in Entwicklungsländern zu prüfen. Das Angebot des BMZ richtet sich auch und vor allem an den Mittelstand. Fragen zu Förderangeboten können Unternehmen an die „Service- stelle für die Wirtschaft“ im BMZ richten. Sie wurde vor zwei Jahren als zentrale Anlaufstelle im Ministerium gegründet und steht interessierten Firmen mit Rat und Tat zur Seite.

(Servicetel.: 02 28 / 9 95 35-31 31; Wirtschaftkontakt@bmz.bund.de)



Umweltfreundliche Gerberei in Vietnam. | Foto: Africa Interactive / Christian Berg

Jobs, Jobs, Jobs

Nichts hilft besser gegen Armut als Arbeit und Einkommen

„It's the economy, stupid!“ – mit diesem Slogan hat Bill Clinton einst die Wahl zum amerikanischen Präsidenten gewonnen, weil er damit ausdrückte, was die Bevölkerung am meisten sorgte: eine lahmende Wirtschaft mit steigender Arbeitslosigkeit. So ähnlich geht es den meisten Menschen rund um den Globus, ganz unabhängig vom Entwicklungsstand ihres Landes. Sie fürchten wirtschaftliche Einbrüche und Krisen, weil sie einhergehen mit Einbußen und Einkommensverlusten oder weil sie – in ärmeren Regionen – den entscheidenden Schub verhindern, der nötig wäre, um Armut weiter zurückzudrängen. Nach nichts sehnen sich Menschen heute mehr als nach einem vernünftigen Job. So glauben 70 Prozent der Armen weltweit, wie eine internationale Studie der Weltbank ergeben hat, dass sich ihre Lage am besten durch Arbeit verbessern würde. Angesichts dieser Ergebnisse müsste Clintons Slogan von vor zwanzig Jahren heute wohl genauer lauten: „It's the job creation, stupid!“

Der Armut durch Beschäftigung entkommen

Denn Entwicklung vollzieht sich über Beschäftigung. Sie verändert Lebensläufe, Familien, Gemeinwesen und ganze Gesellschaften. Menschen, die einen Job haben, können sich aus ihrem Elend regelrecht heraus „arbeiten“, vorausgesetzt, die Standards der International Labour Organisation (ILO)

werden eingehalten, die sich bei den Vereinten Nationen für soziale Gerechtigkeit, Menschen- und Arbeitsrechte einsetzt. Noch besteht gerade in annehmbarer Beschäftigung aber ein großer Mangel. Bevölkerungswachstum und diverse Finanzkrisen verstärken diesen Mangel sogar noch.

Derzeit steht von den rund drei Milliarden arbeitenden Menschen weltweit nur etwas mehr als die Hälfte tatsächlich in Lohn und Brot. Der Rest unterhält eine kleine Landwirtschaft, betreibt ein winziges Familienbusiness oder verdingt sich als Saisonarbeiter. Vor allem in den Entwicklungsländern sind die meisten Menschen im informellen und damit ungeschützten Sektor tätig.

600 Millionen Stellen müssten in den nächsten 15 Jahren nach Berechnungen der Weltbank entstehen, um auch nur das jetzige Beschäftigungs- niveau zu halten – die Mehrzahl davon in Asien und Subsahara-Afrika. Jobs entstehen hauptsächlich im Privatsektor: Fast neun von zehn Stellen weltweit sind in der privaten Wirtschaft angesiedelt. „Der Privatsektor ist der eigentliche Jobmotor“, sagt der Sprecher der Geschäftsführung der DEG Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbH, Bruno Wenn, dessen Institution eine hundertprozentige Tochter der KfW Bankengruppe und innerhalb der deutschen Entwicklungszusammenarbeit für die Förderung der Privatwirtschaft zuständig ist. „Das gilt über-

all, nahezu unabhängig von kulturellen Eigenheiten und Entwicklungsstand eines Landes.“

Damit die Privatwirtschaft floriert und tatsächlich Stellen schaffen kann, braucht sie vor allem zwei Dinge: gute Rahmenbedingungen und langfristige Finanzierungen für Investitionen. „Förderliche Bedingungen zu schaffen, ist Aufgabe des Staates“, erläutert Norbert Kloppenburg, Mitglied des Vorstandes der KfW Bankengruppe.

Guter rechtlicher Rahmen und ausreichend Kredite

„Er muss zum Beispiel den entsprechenden rechtlichen Rahmen schaffen, stabile Finanzsysteme entwickeln, Infrastruktur bereit stellen und für angemessene Ausbildungsmöglichkeiten sorgen“, so Kloppenburg, „damit Menschen die Fähigkeiten erwerben, die sie für den Arbeitsmarkt brauchen.“ Innerhalb der Bankengruppe unterstützt der Geschäftsbereich Entwicklungsbank Länder in den ärmeren Weltregionen dabei, diesen Anforderungen nach und nach gerecht zu werden – allein 2011 mit Zusagen von 4,5 Milliarden Euro.

Zugleich hapert es in vielen Ländern an den Finanzierungen für kleine und mittlere Unternehmen. Gerade bei ihnen jedoch könnten die meisten Jobs entstehen. Wie in Deutschland, wo der Mittelstand mehr als 70 Prozent aller Erwerbstätigen beschäftigt, liegt auch in Entwicklungsländern dort das größte Po-

tenzial, um Arbeitsplätze zu schaffen. Diese „fehlende Mitte“, wie Forscher der schwedischen Dalberg-Gruppe das Phänomen in einer neuen Untersuchung bezeichnen, stelle ein großes Hindernis dar, weil genau die kleinen und mittleren Unternehmen am wenigsten Zugang zu Kapital erhielten.

Daher strebt die deutsche Entwicklungszusammenarbeit nicht nur bessere Rahmenbedingungen in den Partnerstaaten an, sondern fördert auch die Privatwirtschaft selbst. Die DEG ist dafür zuständig, genau solche Finanzierungslücken zu schließen. Sie finanziert Unternehmen direkt, wenn sie wirtschaftlich solide und entwicklungs- politisch sinnvoll arbeiten. Das kann eine umweltfreundliche Gerberei in Vietnam sein, eine sozial orientierte Blumenfarm in Uganda, eine Geothermie- Anlage in Kenia, eine private Universität in Brasilien oder eine Biofarm in Ägypten. Immer geht es darum, langfristiges Kapital auch in riskanten Märkten bereit zu stellen und eine Firma über längere Zeit verlässlich zu begleiten.

Dabei arbeitet die DEG „subsidiär“, das heißt, sie tritt nur dort auf den Plan, wo Geschäftsbanken aus verschiedenen Gründen nicht aktiv sind. Inzwischen gehört sie zu den größten europäischen Entwicklungsfazilitäten und hat dabei nach Angaben von KfW-Vorstand Norbert Kloppenburg vor allem ein Ziel: „Über Unternehmen und Jobs die Lebensbedingungen von Menschen zu verbessern.“

Hier gedeihen nicht nur Weihnachtssterne

Sichere und menschenwürdige Arbeitsplätze auf einer afrikanischen Blumenfarm

Zur Adventszeit gehören in Deutschland außer Plätzchen, Glühwein und Kerzenschein inzwischen auch Weihnachtssterne. Überall sind sie dann zu finden, in Wohnzimmern oder Büros, in rot, weiß oder gelb, klein oder groß, verpackt oder offen, glitzernd besprüht oder schlicht und einfach. Weihnachtssterne ohne die Pflanze mit dem sternenförmigen bunten Blätterkranz scheint fast undenkbar. Dabei ist der Weihnachtsstern gar nicht heimisch hierzulande – und hat als treuer Begleiter in der Adventszeit auch keine lange Tradition: Erst seit den fünfziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts erfreuen wir uns an seiner Pracht. Ursprünglich stammt das Gewächs nämlich aus den Tropen und Subtropen Lateinamerikas und gehörte angeblich zu den Lieblingspflanzen der Azteken. Doch auch in Asien und Afrika gibt es größere Bestände.

Ideale Bedingungen am Viktoriassee

Tatsächlich kommen viele der Weihnachtssterne, die Deutschlands Zimmer schmücken, aus einer Blumenfarm in Uganda. Dort sind die Bedingungen zur Aufzucht dieser empfindlichen Pflanze ideal, denn sie braucht gleichbleibend warme Temperaturen, viel Wasser und intensive Pflege. All das findet sich am Ufer des Viktoriassees nahe

Entebbe. Dort produziert die Firma Wagagai auf etwa drei Hektar Gewächshäuser für Topfpflanzen, Schnittblumen wie Chrysanthemen, Begonien, Hibiskus und eben auch den überaus beliebten Weihnachtsstern. Damit beliefert sie vor allem den niederländischen und deutschen Markt, verdient gutes Geld – und bietet 1600 Menschen einen festen Arbeitsplatz. Dazu kommen zu Stoßzeiten, so wie jetzt, noch ein paar Hundert saisonale Zeitarbeiter. Damit ist Wagagai einer der größten Arbeitgeber in der Region und ein wichtiger Hebel, um Ar-

mut zu bekämpfen. Aber die Arbeitsplätze allein erzählen nur einen Teil der Geschichte von Wagagai, denn die Angestellten erhalten im nationalen Vergleich überdurchschnittliche Löhne und eine Vielzahl an kostenlosen Zusatzleistungen, etwa medizinische Betreuung von Familienangehörigen.

Außerdem hat das Unternehmen bereits 2002 ein Gesundheitszentrum errichtet, das inzwischen Menschen aus der ganzen Region aufnimmt. 30.000 Patienten lassen sich hier jedes Jahr behandeln. Auf der Kinderstation kommen monatlich ungefähr 40 Kinder zur



Arbeit mitten im Gewächshaus. | Foto: Ich OHG / Thorsten Thor

Nachhaltig und effektiv wirtschaften

Bundesminister Dirk Niebel im Interview

Was haben Wirtschaft und Entwicklungszusammenarbeit miteinander zu tun?

Ohne wirtschaftliche Entwicklung kann es überhaupt keine nachhaltige Entwicklung geben. Deshalb heißt das BMZ ja auch „Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung“ – es hieß nie in seiner fünfzigjährigen Geschichte „Entwicklungshilfeministerium“. Nur wenn es gelingt, die Wirtschaft in unseren Kooperationsländern auf die Beine zu stellen, macht die Entwicklung in diesen Ländern wirklich Fortschritte.

Dennoch haben Staat und Wirtschaft unterschiedliche Aufgaben, gerade auch in der internationalen Zusammenarbeit. Wo hört die Zuständigkeit des Staates auf, wo beginnt die der Wirtschaft?

Es geht nicht darum, die Entwicklungszusammenarbeit zu privatisieren und uns als staatlicher Akteur zurückzuziehen. Sondern es geht darum, Entwicklung effektiver und nachhaltiger zu machen. In manche Länder wagt sich die Privatwirtschaft alleine gar nicht erst hinein – ohne Investitionen von außen haben diese Staaten aber kaum eine Chance. Hier reichen wir der Wirtschaft die Hand. Wir tragen dabei ein Teil des Risikos, bestimmen dafür aber auch die Spielregeln und achten auf einen echten Mehrwert für Entwicklung. Für Bereiche, die staatliche Aufgaben bleiben, Bildung oder Gesundheit zum Beispiel, werden durch diese Beteiligung der Wirtschaft zusätzliche Mittel frei.

Was entgegenen Sie Kritikern, die Wirtschaft gleichsetzen mit dem Streben nach maximalen Gewinnen?

Natürlich engagiert sich die Wirtschaft nur dort, wo sie auf längere Sicht auch Gewinne erwarten kann – das ist das grundlegende Prinzip jeden wirtschaftlichen Engagements. Unternehmen allerdings, die sich mit uns in Entwicklungsländern engagieren wollen, brauchen einen langen Atem. Wer glaubt, er könnte mit staatlicher Unterstützung den schnellen Euro machen, täuscht sich gewaltig. Wenn aber am Ende eine Menge neuer Jobs in einem Entwicklungsland entstehen – und zwar unter Einhaltung von Sozial- und Umweltstandards – dann ist es völlig legitim und richtig, dass ein Unternehmen dafür auch durch entsprechende Gewinne belohnt wird.

Warum sollte die Privatwirtschaft in Entwicklungsländern, also in schwierigen Märkten, vollbringen

Das ist eine wichtige Aufgabe privater Unternehmer. Aber in Entwicklungsländern arbeiten informelle Unternehmen? Wir werden nicht innerhalb kürzester Zeit alle informellen Arbeitsverhältnisse in unseren Kooperationsländern in sozialversicherungsrechtliche Jobs mit Tarifbindung umwandeln können. Dafür braucht es Geduld und viele kleine Schritte in die richtige Richtung. Nur ein Beispiel: Die Stadtwerke Mainz haben gemeinsam mit einem Tübinger Unternehmen im Senegal ein Biomassekraftwerk gebaut. Als Energiequelle dienen Hirsestränge und Erdnussschalen, beides liefern lokale Kleinbauern, die sich so ein verlässliches Einkommen sichern. Mit dem Strom werden weitere wirtschaftliche Aktivitäten erst möglich. Das BMZ und die durchführende DEG haben dieses Projekt im Rahmen des developPPP-Programms gefördert. Und ich freue mich, dass es jetzt auch noch mit dem „Innovationspreis Public Private Partnership“ ausgezeichnet wurde.

Gewinn ist nicht alles

Soziale Unternehmer denken an die Allgemeinheit

Vineet Rai hat große Ziele: Noch vor seinem 50. Geburtstag möchte er die sagenhafte Summe von einer Milliarde US-Dollar akquiriert haben. Normalerweise würde man einen Menschen wie ihn für großwahnsinnig halten oder sogar für verrückt erklären. Aber der Indianer hat in seinem Leben schon andere Herausforderungen gemeistert: Mit 29 Jahren kündigte der studierte Forstwirtschaftler jetzt auf gleich seinen Job, um eine Million US-Dollar zu sammeln. Auch das schien ambitioniert, doch mit Beharrlichkeit und Überzeugungskraft konnte er verschiedene internationale Geldgeber für seine Idee gewinnen und die Summe schließlich zusammenbringen.

Das Geld brauchte er für seinen neu gegründeten Fonds Avishkaar, der kein Fonds wie jeder andere ist, sondern sich speziell an Unternehmer richtet, die sozial denken, die mehr als nur den maximalen Gewinn im Sinn haben, wie Rai erklärt. „Erfolg“, so führt er aus, messe sich neben der Rendite auch „am gesellschaftlichen Nutzen des Unternehmens – also ob es gelingt, die Lage der Menschen vor Ort zu verbessern“.

Solche Sozialunternehmer unterstützt der Fonds mit Eigenkapital, besonders in ländlichen Regionen Indiens, weil gerade ihnen das nötige Kapital oft fehlt – und weil Vineet Rai selbst vom Lande kommt, die Armut dort kennt. Die Partner von Avishkaar gehören den unterschiedlichsten Branchen an, wie dem Gesundheitssektor, Wasser- oder Sanitätsbereich oder der Energiebranche. Aber alle eint ihr gesellschaftlicher Anspruch. So wird mit dem Fonds zum Beispiel einem Unternehmen geholfen, das einfache und energieeffiziente Geldautomaten produziert und sie selbst in den entlegenen Regionen des Landes aufstellt, damit die Menschen auch dort Banke-



Dirk Niebel. | Foto: Thomas Eicke

können, was den Staaten dort bisher nicht umfassend gelungen ist?

Es geht nicht um den Ersatz des Einen durch das Andere, sondern um die Ergänzung. Wir können Länder nicht von außen entwickeln, ob mit oder ohne Privatwirtschaft, dafür braucht es den Willen und die Anstrengung des betroffenen Landes selbst. Die wirtschaftlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen müssen dafür stimmen. Aufgabe der Kooperationsländer ist es daher zuallererst, für ein günstiges Investitionsklima zu sorgen. Auch dabei leisten wir Hilfestellung.

Arbeit und Einkommen zu schaffen, ist eine wichtige Aufgabe privater Unternehmer. Aber in Entwicklungsländern arbeiten informelle Unternehmen. Was lässt sich dagegen unternehmen?

Wir werden nicht innerhalb kürzester Zeit alle informellen Arbeitsverhältnisse in unseren Kooperationsländern in sozialversicherungsrechtliche Jobs mit Tarifbindung umwandeln können. Dafür braucht es Geduld und viele kleine Schritte in die richtige Richtung. Nur ein Beispiel: Die Stadtwerke Mainz haben gemeinsam mit einem Tübinger Unternehmen im Senegal ein Biomassekraftwerk gebaut. Als Energiequelle dienen Hirsestränge und Erdnusschalen, beides liefern lokale Kleinbauern, die sich so ein verlässliches Einkommen sichern. Mit dem Strom werden weitere wirtschaftliche Aktivitäten erst möglich. Das BMZ und die durchführende DEG haben dieses Projekt im Rahmen des developPPP-Programms gefördert. Und ich freue mich, dass es jetzt auch noch mit dem „Innovationspreis Public Private Partnership“ ausgezeichnet wurde.



Banking in entlegenen Regionen Indiens. | Foto: Vortex Engineering

schäften nachgehen können. In einige Dutzend solcher Unternehmen hat Avishkaar bereits investiert und dafür verschiedene Tranchen aufgelegt.

Auch die KfW beteiligt sich mit 10 Millionen Euro, weil die Unternehmen, die der Fonds finanziert, mit privatwirtschaftlicher Initiative dazu beitragen, das Leben von benachteiligten Bevölkerungsgruppen zu verbessern. „Von daher dient die Unterstützung von Sozialunternehmen der Erfüllung der Millennium-Entwicklungsziele“, begründet der zuständige Projektmanager Markus Bär das Engagement der KfW.

Die eine Milliarde US-Dollar braucht Rai, weil er die Idee auch in andere Länder und Erdteile tragen möchte. „Ich bin überzeugt, dass wir das schaffen können.“ 160 Millionen hat er schon – und neun Jahre bis zu seinem 50. Geburtstag.